



„Das Personal an den Polizeikommissariaten muss deutlich erhöht werden“

Im Gespräch: Dennis Gladiator (CDU) MdHB, innenpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion

? *Wie bewerten Sie die Lage der inneren Sicherheit in Hamburg? Wo sollten Ihrer Meinung nach Schwerpunkte und Prioritäten gesetzt werden?*

Ich will die Lage der inneren Sicherheit in Hamburg nicht schlechtreden, aber seit Olaf Scholz und die SPD regieren, fällt Hamburg zurück. Denken Sie nur an die Einbruchszahlen. Als Schwerpunkt sehe ich daher vor allem die Bekämpfung der Einbruchskriminalität, aber ebenso der – im Übrigen auch linksextremistisch motivierten – Gewaltkriminalität.

? *Die DPoIG Hamburg ist der Auffassung, dass das Personal der Polizei für die zu leistenden Aufgaben und den daraus resultierenden Belastungen nicht ausreicht und die Einstellungszahlen deutlich gesteigert werden müssen. Zurzeit fehlen allein in der Landesbereit-*

schaftspolizei 145 Kolleginnen und Kollegen. Lediglich die altersbedingten Abgänge in der Polizei zu kompensieren ist zu wenig. Teilen Sie diese Position?

Wie beurteilt die CDU Hamburg die Personalsituation der Polizei auch vor dem Hintergrund zunehmender, personalintensiver Großeinsätze und weiterer Stellenstreichungen in der Polizeiverwaltung?

Ich teile diese Position auf jeden Fall, zumal ja noch nicht einmal das Kompensieren der altersbedingten Abgänge gelingt. Das Personal an den Polizeikommissariaten muss zudem deutlich erhöht werden, um das präventive, für den Bürger sichtbare Streifenfahren wieder zu ermöglichen, um potenzielle Täter abzuschrecken. Ich setze mich dafür ein, die Einstellungszahlen bei der Hamburger Polizei jedes Jahr um zusätzlich 80 Auszubildende zu erhöhen, sodass in fünf Jahren bis zu 400 Polizisten mehr Dienst tun.

? *Sollte der Senat am polizeilichen Instrument der Gefahrengebiete festhalten?*

Ja, die Ausweisung von Gefahrengebieten hat sich als ein sinnvolles und notwendiges Instrument des Rechtsstaats gegen besondere Gefahrenlagen bewährt, auch wenn es von Innensenator Neumann leider nicht immer mit der notwendigen Sensibilität und Sorgfalt gehandhabt wurde. Jetzt muss sich der Senat zügig um eine verfassungskonforme Regelung kümmern.

? *Hinsichtlich der Attraktivität des Polizeiberufes ist Hamburg im Bund-Länder-Vergleich eher Mittelmaß. Keine zweigeteilte Laufbahn bei der Schutz- und Wasserschutzpolizei, keine Freie Heilfürsorge (Krankenkasse der Polizei), gestrichene beziehungsweise reduzierte Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld), mangelhafte finanzielle Anerkennung des Schichtdienstes, unklare Beförderungsperspektiven, keine Ballungsraumzulage sollen an dieser Stelle als Stichworte genügen.*

Falls Sie diese Meinung teilen, beabsichtigt die CDU in dieser Legislaturperiode mit parlamentarischen Initiativen die Attraktivität des Polizeiberufes in der Hamburgischen Bürgerschaft zu thematisieren und zu verbessern?

Unbedingt, die Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufes steht weit oben auf unserer Vorhabenliste. Dazu gehören eine Metropolenzulage, erhöhte Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten, angemessene Beförderungsmöglichkeiten mit verlässlichen Karriereperspektiven, eine bessere Ausstattung mit zeitgemäßer Ausrüstung – und dazu gehört auch die Ablehnung einer Kennzeichnungspflicht, hier haben wir bereits einen entsprechenden Antrag erarbeitet.

? *Auch in Hamburg wird die legale Abgabe sogenannter weicher Drogen wie Cannabis an Erwachsene diskutiert. Welche Position vertritt die CDU?*

Die Vorstellung, dass die Freigabe von weichen Drogen den Sieg im Kampf gegen Drogen bringt, ist absurd. Es kommt ja

> Zur Person



Frank Riebow

Dennis Gladiator (CDU) ist gebürtiger Hamburger. Er hat Politik- und Verwaltungswissenschaften studiert und ist seit 2011 Bürgerschafts-abgeordneter. Zuvor war der 34-Jährige zehn Jahre Mitglied der Bezirksversammlung Bergedorf und dort unter anderem Fachsprecher für Inneres und Fraktionsvorsitzender der CDU. Dennis Gladiator ist Mitglied des Landesvorstandes der CDU Hamburg sowie des CDU-Bundesfachausschusses Inneres und seit dieser Legislaturperiode innenpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

auch niemand auf die Idee, Einbruchsdiebstahl nicht mehr zu verfolgen, nur weil die Aufklärungsquote so niedrig ist. Der richtige Weg zu weniger Drogenhandel und weniger Drogensucht ist vielmehr eine Mischung aus starker Polizeipräsenz und umfassender Prävention. Das hat auch die Entwicklung in der Zeit nach 2001 eindrucksvoll gezeigt: Nach der Abwahl von Rot-Grün und dem konsequenten Vorgehen des CDU-geführten Senats war die Dealer-Szene in Hamburg innerhalb weniger Monate weitgehend zerschlagen. ■

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Frank Riebow,
DPoIG Hamburg
ISSN 0723-2230



@DPoIGHH



DPoIG Hamburg (7)

Der Leiter der Direktion Einsatz, LPD Hartmut Dudde, verabschiedet in Anwesenheit von Polizeipräsident Ralf Martin Meyer und dem Personalratsvorsitzenden Freddi Lohse die Hamburger Einsatzkräfte zum G7-Einsatz.

G7-Gipfel in Elmau – Was bleibt?

Von Marc-Florian Sinn, Vorsitzender Fachbereich Schutzpolizei



Der G7-Gipfel ist zu Ende. Was bleibt? Zu allererst muss man den Hamburger Einheiten ein großes Kompliment machen, die bescheidenen äußeren Be-

lastbarkeit. Wichtig ist, dass die Kolleginnen und Kollegen keine größeren Ausfälle zu beklagen hatten und gesund zu ihren Familien zurückkehren

oder Stadtstaaten, die so häufig auf auswärtige Unterstützung angewiesen sind wie wir. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass gerade bei den

12-Stunden-Dienste in Hamburg!

Der Blick darf sich aber nicht nur nach Bayern richten! Was ist mit



Hamburger in Bayern – da muss man Flagge zeigen!



Für die Kolleginnen und Kollegen unterwegs: Thomas Jungfer, Marc-Florian Sinn, Ronald Helmer und Klemens Burzlaff (von links)

dingungen wurden trotz eines erheblichen Schlafdefizits bravourös gemeistert. Stundenlanger Streckenschutz bei 35 Grad Celsius oder strömendem Regen – zum Teil in Vollschutz –, die teilweise nicht zufriedenstellende Versorgung im Einsatzraum bei langen Dienstzeiten sowie auch die spärlichen Informationen zur Gesamtlage und der dadurch ab und an nicht nachvollziehbaren Aufgabenwahrnehmung brachten alle an den Rand der körperli-

konnten! Die Gastfreundschaft der Bevölkerung und der Mitarbeiter in den Hotels wird mit Sicherheit allen Kolleginnen und Kollegen sehr positiv in Erinnerung bleiben. Stellvertretend seien hier der Verpächter der Sunoil-Tankstelle in Klais sowie die Wirtin der Berggaststätte „Luttenseehof“ genannt.

Warum Bayern?

Hamburg ist eine Einsatzstadt – es gibt nur wenige Länder

Einsätzen am 21. Dezember 2013 oder auch bei den Ausschreitungen rund um den Stein-damm auf die bayerischen Einheiten Verlass war. Trotz der enormen Entfernung wurden wir – zum Teil sehr kurzfristig – in Abteilungsstärke unterstützt. Auch war es nicht zu erwarten, dass dieser G7-Gipfel von den Gegnern keine Beachtung finden würde. Weder in Bayern noch anderswo gab es im Vergleich zur Vergangenheit nennenswerte Proteste.

den Kolleginnen und Kollegen in Hamburg? Über eine Woche im 12-Stunden-Modus Dienst verrichten – damit ist auch hier das Limit erreicht. Nachvollziehbar das Gefühl der Kolleginnen und Kollegen auf den Streifenwagen, wie eine Milchkuh – bis auf den letzten Tropfen – ausgesaugt zu werden!

Was muss sich ändern?

Es ist unstrittig, dass wir uns mit anderen Bundesländern



solidarisch zeigen! Es geht doch viel mehr darum, warum können wir solche Einsatzsituationen nur mit zum Teil gesundheitsgefährdenden Belastungen bewältigen? Was fehlt,

ist Personal! Schichtstärken, die es ermöglichen, auch solche Tage erträglich zu gestalten! Das ist nicht die Aufgabe der Polizei, hier ist der Hamburger Senat in der Pflicht! Es geht um Fürsorge, es geht um Anreize für den potenziellen Nachwuchs und letztlich geht es um die Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst. **Der diesjährige G7-Gipfel stand unter dem Motto: „An morgen denken. Gemeinsam handeln.“ Dieses Motto sollte sich auch der Hamburger Senat auf die Fahnen schreiben, wenn es darum geht, die Hamburger Polizei zukunftsfit aufzustellen! Die DPoIG Hamburg wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass sich die Rahmenbedin-**



gungen für die Polizei grundsätzlich verbessern. Wer kämpft, kann verlieren, wer

nicht kämpft, hat schon verloren!



> Länderübergreifende Zusammenarbeit: Thomas Jungfer und Ronald Helmer im Gespräch mit dem Landeschef der DPoIG Bayern, Hermann Benker, und Reinhold Merl, Mitglied im Landesvorstand der bayerischen DPoIG.

> G7-Gipfel 2015

DPoIG begrüßt Entscheidung des Polizeipräsidenten zur Stundenabrechnung

Wenige Tage nach dem G7-Gipfel fand ein Gespräch mit Polizeipräsident Ralf Martin Meyer, dem Leiter der Direktion Einsatz, LPD Hartmut Dudde, und dem erweiterten Vorstand der DPoIG Hamburg statt. Der Vorstand der DPoIG Hamburg thematisierte erneut die Stundenabrechnung der eingesetzten Hamburger Kräfte zum G7-Gipfel in Bayern. Die DPoIG Hamburg machte deutlich, welcher Belastung die Kolleginnen und Kollegen, insbesondere während des Schutzes der Protokollstrecke, ausgesetzt waren.

Erholungsphasen gab es nicht und extreme Witterungsbedingungen führten die Kräfte bis an ihre Grenzen. Polizeipräsident Ralf Martin Meyer und der Leiter Direktion Einsatz, Hartmut Dudde, folgten der Argumentation der DPoIG Hamburg. Polizeipräsident Ralf Martin Meyer: „Hinter den Kolleginnen und Kollegen liegt eine anstrengende Woche, egal ob sie in Hamburg, Neuruppin oder Bayern eingesetzt waren. Gerade die fehlende Erholung während der BAO Werdenfels macht es notwendig, den außerordent-



Frank Riebow

lichen Anstrengungen der Kolleginnen und Kollegen Rechnung zu tragen. Von Freitag, 5. Juni (Dienstbeginn) bis Montag, 8. Juni (Dienstende) werden deshalb, für alle in dieser BAO eingesetzten Kräf-

te, keine Freizeitanteile berücksichtigt.“ **Aus Sicht der DPoIG Hamburg ist mit dieser Entscheidung des Polizeipräsidenten den besonderen Belastungen Rechnung getragen worden!**



DPoIG veranstaltet erneut ein erfolgreiches ZF-Seminar

Polizeipräsident Ralf Martin Meyer: „Fremdnutzung muss absolute Ausnahme sein!“

Ein gutes Jahr ist seit dem letzten ZF-Seminar der DPoIG Hamburg vergangen. So war es an der Zeit, die Zivilfahnder wieder in den Fokus zu rücken, Bilanz zu ziehen sowie die aktuellen Probleme der Zivilfahndung offen und konstruktiv zu diskutieren. Als Gäste des Tagesseminars konnten die insgesamt 36 Kolleginnen und Kollegen Polizeipräsident Ralf Martin Meyer und den Leiter der Direktion Polizeikommissariate und Verkehr, LPD Wolfgang Brand, in der DPoIG-Geschäftsstelle begrüßen.

Auf der Tagesordnung ganz oben standen die Themen: Personalknappheit, Grundlastproblematik, Fremdnutzungen, Einsatzprioritäten, Stellenaussstattung, Kuren...

DPVL Wolfgang Brand hat unter anderem klargestellt, dass die Polizeikommissariate in eigener Verantwortung durchaus Grundlastunterschreitungen zulassen können und Funkstreifenwagen aus der Grundlast abmelden dürfen,

wenn sie denn „unter der Stärke sind“. Die PK-Leiter können und sollen hier eigenverantwortlich entscheiden und haben keine Einladung zum „Kamingespräch“ zu befürchten. Laut DPVL sollen Zivilfahnder nur im absoluten Ausnahmefall (!) als „Grundlastersatz“ fungieren. ZF haben innerhalb der Polizei eine andere, wichtige PRIO-Aufgabe zu erfüllen! LPD Wolfgang Brand hat seine Absicht bekräftigt, dass die Dienstgruppen Fahndung mittelfristig gezielt personell aufgestockt werden (mindestens sechs ZF pro Dienstgruppe als Zielvorgabe). Des Weiteren will DPVL zukünftig sicherstellen, dass alle DG Fahndung (unabhängig von ihrer Personalstärke) über einen DGL und einen DGL/V verfügen – identische Verfahrensweise und Stellenbewertung (A12 beziehungsweise A11) wie in den Wachdienstgruppen der PK. Hierbei soll es sich um eine berufliche Perspektive für die Zivilfahnder handeln. Die DPoIG geht davon aus, dass LPD Wolfgang Brand diese klaren Aussagen inner-

halb der DPV-Runden kommuniziert. Damit ist gewährleistet, dass alle PK den gleichen Informationsstand besitzen und gegenüber ihren ZF aussa-

„Fahnder sollen fahnden!“, erklärte der Polizeipräsident und gab damit die Marschrichtung vor. Ein weiteres, brisantes Dauerthema der ZF sind die



DPoIG Hamburg (2)

gefähig sind. Polizeipräsident Ralf Martin Meyer hat gegenüber den Semarteilnehmern deutlich gemacht, dass es innerhalb der Polizei eine klare Priorisierung gibt: An erster Stelle steht die Bekämpfung der Haus- und Wohnungseinbrüche (HWE). Die Kriminalitätsbekämpfung dieser Delikte wird vorrangig durch ZF geleistet. Eine Fremdnutzung der Zivilfahnder und somit eine Schwächung der priorisierten HWE-Bekämpfung muss die absolute Ausnahme darstellen.

Vorsorgekuren. Die Personalabteilung bereitet bereits eine neue Richtlinie vor und jetzt muss es darum gehen, die besonderen gesundheitlichen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen der Fahndung zu berücksichtigen. Unter anderem muss die Frage der Vorsorgekur für die ZF geklärt werden. Ein möglicher Vorschlag, der sich nach der Anzahl der geleisteten Nachdienststunden richtet, steht dabei zur Diskussion:

➤ **Ab 300 Nachdienststunden → Drei-Wochen-Kur**

Spontan sprachen sich zehn Teilnehmer des ZF-Seminars für die Mitwirkung in einer AG Zivilfahndung unter Leitung der DPV aus. Hier werden Themen wie Technik, Fahrzeuge, Ausstattung, Infoaustausch mit dem LKA, weitere Rahmenbedingungen sowie andere Defizite behandelt. Näheres folgt hier über die DPV. Die DPoIG Hamburg bleibt am Ball und wird weiter berichten!



➤ Polizeipräsident Ralf Martin Meyer mit den Teilnehmern des diesjährigen ZF-Seminars.

Der Landesvorstand



Wissensvorsprung für **DPoIG**-Mitglieder Neugierig? Interessiert? Dann komm zur Fachbereichssitzung ...

Die **Deutsche Polizeigewerkschaft Hamburg (DPoIG)** vertritt als mitgliederstärkste Berufsvertretung die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hamburger Polizei. Viele unterschiedliche Themen, wie zum Beispiel Pro-Mod, die Einsatzbelastung, die regionale Grundlast, ProBest, neue Dienstzeitmodelle, Entbürokratisierung und so weiter beschäftigen die Polizei Hamburg und ihre Mitarbeiter in Vergangenheit und Zukunft und damit verbunden natürlich auch die **DPoIG Hamburg**.

In den verschiedenen Gremien der **DPoIG Hamburg** werden diese Themen von ehrenamtlich arbeitenden Mitgliedern engagiert bewegt und konstruktiv diskutiert. Eines dieser Gremien ist der Fachbereich Schutzpolizei als Vertretung der Mehrheit der Mitglieder in der **DPoIG Hamburg**.

> **Alle Mitglieder unserer Gewerkschaft haben neben Flugblättern und Blitzinfos an den Wandtafeln der DPoIG die Möglichkeit, auf den Sitzungen des Fachbe-**

reichs Schutzpolizei aktuelle Informationen zu gewerkschaftlichen und berufsrechtlichen Themen zu erhalten und sich aktiv einzubringen.

Aleinige Voraussetzung zur Teilnahme ist die Mitgliedschaft in der DPoIG Hamburg.

Ebenso dienen die Sitzungen dazu, die Meinungen der Mitglieder zu unterschiedlichen Themen zu erfahren und gewerkschaftliche Positionen zu erarbeiten. Die Sitzungen des Fachbereichs Schutzpolizei finden in einem drei- bis vierwöchigen Rhythmus jeweils an einem Donnerstag um 16 Uhr in der Geschäftsstelle der **DPoIG**, im Holzdamm 18 (Nähe Hauptbahnhof) statt.

> **Jedes Mitglied ist hierzu ganz herzlich eingeladen. Herzlich willkommen sind alle Mitglieder aller Laufbahnzweige und Statusämter. Wir leben „eine Polizei“!**

Es würde uns freuen, euch einmal auf einer der nächsten Fachbereichssitzungen begrü-



ßen zu können. Für das leibliche Wohl wird selbstverständlich gesorgt sein.

Für Fragen und weitere Informationen stehen der Fachbereichsvorstand Schutzpolizei

Marc-Florian Sinn (DE 21), Telefon: 0172.5696286, **Ronald Helmer** (PR), Telefon:

0172.5695281, **Andreas Reimer** (DE 34), Telefon: 4286.59406, **Thorsten Pagel** (PK 44), Telefon: 4286.54410, sowie die Fachbereichsvorsitzenden **Wolfgang Laudon** (K), Telefon: 4286.25400, **Frank Riebow** (WSP), Telefon: 4286.56613, und Landesjugendleiterin **Christine Ordemann**, Telefon: 4286.56609, zur Verfügung. ■





LPA: Senat beruft Freddi Lohse

Freddi Lohse, **DPoIG**-Landesvize und Personalratsvorsitzender der Hamburger Polizei, ist, auf Vorschlag des dbb Hamburg, erneut vom Senat für die kommenden drei Jahre in den Landespersonalausschuss (LPA) beru-

fen worden. Der Landespersonalausschuss wirkt an Personalentscheidungen mit dem Ziel mit, die einheitliche Durchführung der beamtenrechtlichen Vorschriften sicherzustellen. Er übt seine Tätigkeit unab-

hängig und in eigener Verantwortung aus. Des Weiteren obliegt dem Landespersonalausschuss unter anderem die Mitwirkung bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen des Beamtenrechts.

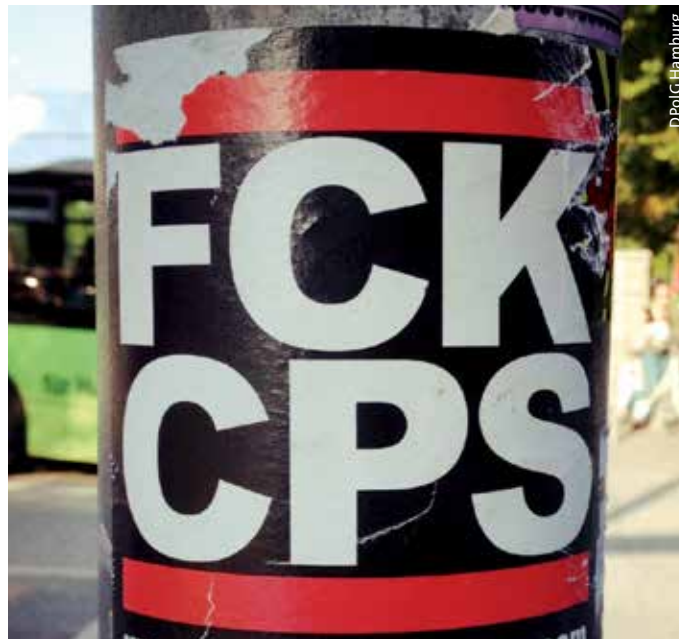


> Freddi Lohse

Hassslogans gegen die Polizei straffrei

Bundesverfassungsgericht: „FCK CPS“-Sticker sind grundsätzlich Meinungsfreiheit

Es gibt T-Shirts, Kapuzenpull-over, Mützen, Anstecker, Buttons und Rucksäcke, die mit der Buchstabenkombination „FCK CPS“ bedruckt sind. Das englische Kürzel „FCK CPS“ steht für eine Beleidigung, bei der lediglich zwei Vokale „vergessen“ wurden: „FUCK COPS“, auf gut Deutsch: „Scheiß auf Bullen“. Gerichte haben diese Buchstabenkombination als unzumutbare Beleidigung für Polizisten bewertet und Geldstrafen verhängt. „Rechtswidrig“, sagt – einstimmig – das Bundesverfassungsgericht und verweist auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit. Der Ausdruck „FCK CPS“ drückt eine allgemeine Ablehnung der Polizei aus und artikuliert ein zulässiges „Abgrenzungsbedürfnis gegenüber der staatlichen Ordnungsmacht“. Damit eine Beleidigung als solche strafbar wird, müsse sie klar erkennbar auf eine bestimmte und abgrenzbare Gruppe gemünzt sein. Meinungsäußerungen genießen den Schutz des Grundrechts, ohne dass es darauf ankommt, ob die Äußerung begründet oder grundlos, emotional oder rational ist, als wertvoll oder



wertlos, gefährlich oder harmlos eingeschätzt wird. Aber: Je mehr eine Beschimpfung oder Herabwürdigung individualisiert werden kann, je deutlicher also ist, welche Personen konkret damit gemeint sind, desto unzulässiger/strafbarer ist sie. Andersherum jedoch: Je größer eine angegriffene Gruppe ist, desto schwächer wertet das Gesetz die persönliche Betroffenheit des einzelnen Mit-

glieds. Wer also die Polizei mit einem Rundumschlag beleidigt, schmähe damit nicht automatisch das individuelle Fehlverhalten eines einzelnen Polizisten. Allerdings müssen auch in solchen Fällen immer noch die Gesamtumstände berücksichtigt werden.

Das Urteil ist brisant, denn in den vergangenen Jahren war es zu einer wahren Flut von

Prozessen gekommen, in denen es um mutmaßliche Beleidigung von Polizeibeamten ging. Eine einheitliche Rechtsprechung indes gibt es bisher nicht. Mal urteilte ein Gericht für, mal ein anderes gegen Träger ein und derselben „kryptischen“ Botschaft.

Rechtlich umstritten ist beispielsweise auch das Beleidigungskürzel ACAB („All cops are bastards“). Das Oberlandesgericht Karlsruhe hatte im vergangenen Jahr geurteilt, dass ein Banner mit dieser Aufschrift im Fußballstadion den Tatbestand einer Beleidigung erfülle. Das Amtsgericht Frankfurt sah in dem bloßen Mitführen eines Banners mit dem Schriftzug „1312“ bereits den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit. Die Zahlenkombination steht ebenfalls für das Kürzel „ACAB“ beziehungsweise ihre Verortung im Alphabet. Viele Richter sind indes der Meinung, dass der Tatbestand der Beleidigung bereits erfüllt sei, wenn der Träger des Shirts beispielsweise Polizeibeamte gezielt anblicke und dabei auf den Aufdruck deute.



Bundestag beschließt Gesetz zur (Zwangs-)Tarifeinheit

dbb kündigt Verfassungsklage an

Der Deutsche Bundestag hat Ende Mai mit den Stimmen der Großen Koalition das Gesetz zur Tarifeinheit verabschiedet. „Ein schwarzer Tag für die Grundrechte von Arbeitnehmern. Wenn die Abgeordnetenmehrheit von CDU/CSU und SPD die Koalitionsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger als obsolet ad acta legt, müssen die Richter des Bundesverfassungsgerichts das letzte Wort haben. Ich bin da optimistisch“, so kommentierte der Landesvorsitzende der **DPoIG Hamburg**,

liert werden. Wer ermittelt die Gewerkschaftszugehörigkeit und vor allem auf welcher rechtlichen Grundlage? Kein Arbeitnehmer muss seine Mitgliedschaft offenbaren! Was ist ein Betrieb? Wer definiert die Betriebsmehrheit einer Gewerkschaft und zu welchem Stichtag? Alles bis auf Weiteres ungeklärt. Die Große Koalition stellt die deutschen Arbeitsgerichte vor schwierige Aufgaben und bedroht die Existenz der Berufsgewerkschaften. Nach Auffassung des dbb, namhaf-



burg, Joachim Lenders, das vom Bundestag beschlossene Gesetz. Nach Auffassung der **DPoIG** und unseres Dachverbandes dbb verstößt das Tarifeinheitengesetz gegen das Grundgesetz, zerstört den Betriebsfrieden und treibt die Gewerkschaften in Deutschland in einen harten Konkurrenzkampf. Über die drohenden praktischen Probleme bei der Umsetzung eines solchen Gesetzes kann zurzeit nur speku-

ter Verfassungs- und Arbeitsrechtler, von Wirtschaftsinstituten und einer Vielzahl weiterer Gewerkschaften ist das vom Bundestag beschlossene Gesetz verfassungswidrig. Es steht im klaren Widerspruch zur Koalitionsfreiheit und schafft ein Zweiklassensystem von Gewerkschaften. Denn sollte allein die mitgliederstärkste (branchenübergreifende) Gewerkschaft im Betrieb die Tarifhoheit haben,



Frank Kriebow (2)

> Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio war vor einigen Monaten Gastreferent beim außerordentlichen Landesgewerkschaftstag des dbb Hamburg. Er hält das Gesetz zur Tarifeinheit ohne „Wenn und Aber“ für verfassungswidrig.

würden berufsspezifische Arbeitnehmervereinigungen, beispielsweise zahlreiche Fachgewerkschaften, daran gehindert, eigene Tarifverträge für ihre Mitglieder abzuschließen. Zugleich würden die Mitglieder der kleineren Gewerkschaft faktisch ihres Streikrechts beraubt und auf die Friedenspflicht des Mehrheitsarifvertrages verwiesen. Das Bündnis

für Koalitionsfreiheit, dem neben dem dbb der Marburger Bund, der Deutsche Journalistenverband und die Vereinigung Cockpit angehören, hat bereits Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht angekündigt und wird diese nun kurzfristig und konsequent weiterverfolgen.

Der Landesvorstand

> Zwischenruf

„Wir sind seit Jahrzehnten gut damit gefahren, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften ihre Angelegenheiten im Rahmen der Tarifautonomie selber regeln. Im Koalitions- und Arbeitskämpfrecht hat der Gesetzgeber nichts zu suchen.“

*Klaus Dauderstädt,
Bundvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion*

Arbeitnehmer können in der Bundesrepublik Deutschland frei über die Gewerkschaft ihrer Wahl entscheiden. Die Koalitionsfreiheit in Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz gibt ihnen das Recht, „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden“. Dieses notstands feste Grundrecht ist ausdrücklich „für jedermann und für alle Berufe“ gewährleistet. Es bleibt den Beschäftigten überlassen, ob sie sich einer berufsspezifischen, branchenübergreifenden oder weltanschaulich ausgerichteten Gewerkschaft anschließen und wen sie mit der Vertretung ihrer Interessen in Tarifverhandlungen betrauen.



Exklusiv für DPoIG-Mitglieder – Müritz-Saga 2015 – Das Jubiläumsjahr!

„Schatten der Vergangenheit“ – Eine Open-Air-Inszenierung voller Liebe, Spannung, Abenteuer und Humor

Seit Jahren begeistert die Müritz-Saga die immer zahlreicher werdenden Gäste auf der Freilichtbühne in Waren. Nur wenige Gehminuten vom historischen Stadtzentrum und dem Hafen entfernt, liegt das Amphitheater mitten im Bürgerpark Mühlenberg – eine der romantischsten Bühnen ihrer Art. Die Müritz-Saga – ein Zyklus von Theaterstücken, die in der Müritz-Region spielen, und deren fiktive Handlungen durch Sagen, Geschichten und Legenden der Region bereichert werden – ist

zu einem Publikumsmagneten geworden. Mehr als 50 professionelle Schauspieler, Stuntmen und Laien lassen dieses Spektakel mit viel Liebe und Action zu einem bleibenden Erlebnis für die ganze Familie werden.

Das Jubiläumsspektakel „Schatten der Vergangenheit“ führt in das Mecklenburg des 17. Jahrhunderts: Der Krieg tobt nun bald 30 Jahre und so mancher musste sein Leben lassen. Auch hier an der Müritz ist

es ruhiger geworden, seit Claras ältester Sohn Abel das Haus verlassen hat, weil ihm die Liebste durch Mörderhand genommen wurde. Nun lenken Clara und ihr Jüngster die Geschicke auf Gut Warentin allein. Ihre Zweifel wachsen, dass ihr als Held besungener Mann je wiederkehren wird. Ein Glück für den Grafen von Teterow, der seit Jahren schon um Clara wirbt. Ihr zuliebe hat er sich losgesagt vom Dienst in Wallensteins Armee. Aber kann Clara dem Mann trauen, der noch vor Kurzem Jagd auf ihren Liebsten machte? Doch dann holen sie die „Schatten der Vergangenheit“ ein und nichts bleibt, wie es war.



Termine: Vom 11. Juli bis zum 5. September 2015 ist das Spektakel immer von Mittwoch bis Sonnabend um 19.30 Uhr und sonntags um 17 Uhr zu erleben.

Vorzugspreise: Alle Tickets aller Preiskategorien abzüglich zwei Euro für DPoIG-Mitglieder und ihre Angehörigen!

Tickets unter www.muertitz-saga.de/dpolg_hamburg

Ruhestand		
Folgende Kolleginnen und Kollegen sind zum 30. Juni 2015 in den Ruhestand gegangen:		
Ärztlicher Dienst		
PK	Blicke, Norbert	ÄD 2
Direktion Einsatz		
PHK	Matfelt, Frank	DE 12
Direktion Polizeikommissariate und Verkehr		
POKin	Eckhardt, Christine	PK 38
PHK	Giese, Kurt	PK 26
EPHK	Guse, Thomas	PK 24
PHK	Hein, Andreas	PK 42
PHK	Jatho, Wolfgang	PK 25
PHK	Könnecke, Wolfgang	PK 31
PHK	Prochnow, Manfred	PK 27
PHK	Trocha, Peter	PK 42
IT		
KHK	Becker, Wolf-Gottfried	IT 21
POK	Karsten, Gino	IT 53
Landeskriminalamt		
EKHK	Bramsiepe, Jürgen	LKA 15
PK	Herlyn, Albert	LKA 17
PK	Schmidt, Klaus-Dieter	LKA 27
RD	Stobbe, Stefan	LKA 32
KHKin	Weber, Susanne	LKA 71

Verstorben			
3.4.2015	Canther, Peter	Ang. i. R.	74
15.4.2015	Sonnemann, Anita	Ang. i. R.	87
18.4.2015	Schmitz, Constanze	Ang. i. R.	88
21.4.2015	Windelband, Peter	PHM i. R.	81
28.4.2015	Kümmer, Ursula	Ang. i. R.	85
5.5.2015	Schröder, Gerhard	PHM i. R.	95
7.5.2015	Thierfeldt, Georg	PHM i. R.	90
9.5.2015	Dühning, Rudolf	Ang. i. R.	91
14.5.2015	Beckmann, Horst	PHM i. R.	90
17.5.2015	Ruhbaum, Walter	KHK i. R.	87
17.5.2015	Burmeister, Gerda	Ang. i. R.	92
17.5.2015	Gosch, Renate	Ang. i. R.	74
17.5.2015	Hörmann, Arno	RS i. R.	84
17.5.2015	Freitag, Horst	KHK i. R.	67
20.5.2015	Frank, Heinz	PHM i. R.	86
22.5.2015	Sohtau, Michael	EPHK i. R.	59
22.5.2015	Patschke, Edith	Ang. i. R.	86
28.5.2015	Wolpers, Lorenz	PHM i. R.	92
29.5.2015	Frahm, Liselotte	Ang. i. R.	85
30.5.2015	Staack, Hans-Ulrich	PHM i. R.	77
3.6.2015	Reinhardt, Lothar	KHK i. R.	80
4.6.2015	Behrmann, Heino	PHM i. R.	70
5.6.2015	Seel, Peter	PHM i. R.	80
5.6.2015	Dahse, Werner	PHM i. R.	94
8.6.2015	Preißner, Siegfried	PHM i. R.	71
9.6.2015	Baumann, Gertrud	Ang. i. R.	91
14.6.2015	Gleisner, Willi	PHM i. R.	76
15.6.2015	Grafe, Erich	KHK i. R.	61
16.6.2015	Meyer, Karl-Heinz	POK i. R.	83
20.6.2015	Schönfeld, Heinz	KOK i. R.	84